

Pressemitteilung

Gemeinsames Bekenntnis der Bürgermeister der Inseln Rügen, Ummanz und Hiddensee sowie des Tourismusverbandes gegen ein atomares Endlager

Die Verbandsversammlung des ZWAR, bestehend aus den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden, hat sich in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Tourismusverband vom November 2021 gegen die Weiterverfolgung der Suche nach einem atomaren Endlager auf bzw. vor Rügen (OZ 11.08.2021) ausgesprochen. Nunmehr hat das Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern geantwortet. Im Schreiben vom 24. Januar 2022 heißt es, dass im vakanten Gebiet die Mächtigkeit der deckenden Steinsalzschiefer nach einer Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie MV nicht über 100 m betrage und somit die Mindestanforderung nicht erfüllt sei. Dies würde dazu führen, dass das Untersuchungsgebiet „in der nächsten Phase der Endlagersuche nicht mehr berücksichtigt werden würde.“ Damit besteht nunmehr die berechtigte Hoffnung, dass dieser sprichwörtlich bittere Kelch an Rügen vorübergeht.

Die Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe (BGR) ist mit der Umsetzung der Endlagersuche beauftragt. In der ersten Phase wurde nach „Steinsalz-Gebieten in flacher Lagerung“ gesucht und Rügen als einer von 90 möglichen Standorten benannt.

Die Bürgermeister wollten der drohenden Gefahr nicht untätig entgegensehen. Sie erkannten den ZWAR als geeigneten Zusammenschluss der potentiell betroffenen Städte und Gemeinden und beauftragten den Geschäftsführer, Herrn Axel Rödiger, mit der Kontaktaufnahme zum Tourismusverband und der Formulierung einer gemeinsamen Erklärung. Diese wurde von allen 39 Bürgermeistern sowie vom Vorstandsvorsitzenden des Tourismusverbandes, Herrn Knut Schäfer, unterzeichnet und an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie, das Nationale Begleitgremium, den Deutschen Bundestag, das Bundeskanzleramt, alle Bundestagsfraktionen (außer AfD), die Landesregierung MV, die Bundesgesellschaft für die Endlagersuche sowie das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung geschickt.

Am 16. November 2021 hatte Landwirtschafts- und Umweltminister Till Backhaus zu einer Landeskonferenz zum Thema geladen, auf der bereits das LUNG von der zu geringen Mächtigkeit des Salzstockes berichtete und der Vertreter des BGE ausführte, dass bei Bestätigung dieses Umstandes das Gebiet für weitere Untersuchungen nicht mehr herangezogen würde.

Anlagen:

Gemeinsames Bekenntnis der Städte und Gemeinden der Inseln Rügen, Hiddensee und Ummanz sowie des Tourismusverbandes als betroffene Interessenvertretung

Antwort des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern vom 24. Januar 2022